

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 6

48. Jahrgang

Juni 1994

*Die Einheit Europas war ein Traum weniger,
sie wurde eine Hoffnung für viele, sie ist heute
eine Notwendigkeit für alle.*

Konrad Adenauer

Was wird aus Europa?

Ein Jahrhundert geht zu Ende, was wird aus Europa? Der Brüsseler Countdown läuft seit geraumer Zeit: Mit Beginn 1993 Vollendung des europäischen Binnenmarktes als Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 mit voller Freizügigkeit für Personen, Kapital, Güter und Dienstleistungen; Ende 1993 Inkrafttreten des Maastrichter Vertragswerks, damit Übergang der Europäischen Gemeinschaft (EG) in die Europäische Union (EU); zugleich Bildung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zwischen den Staaten der EG (EU) und denen der EFTA (mit Ausnahme der Schweiz); 1994 Einrichtung des Europäischen Währungsinstituts als Vorstufe zu der später zu errichtenden Europäischen Zentralbank; 1995 – wenn die Bevölkerungen der Beitrittsländer zustimmen – EU-Vollmitgliedschaft der skandinavischen Länder und Österreichs; 1996 Europäische Regierungskonferenz zur Prüfung der Verwirklichung der Maastrichter Beschlüsse mit Verwirklichung der Währungsunion, wenn eine Mehrheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union die Beitrittskriterien erfüllt; zum 1.1.1999 Währungsunion zwischen den Staaten, die die strengen Beitrittskriterien tatsächlich erfüllen.

Wir sind überall erst am Anfang

Aber gemessen an der Situation sind alle Zeitpläne mit Ausnahme der Norderweiterung 1995 der EU Illusion. Mit Luxemburg ist zwar geldpolitisch Staat zu machen, aber Luxemburg allein ergibt keine Europäische Währungsunion,

und zur Zeit ist sogar unsicher, ob selbst Luxemburg die Beitrittskriterien erfüllt. Und eine Währungsunion 1999 zwischen Frankreich, Luxemburg und Dänemark (mit seinen EU-„Sonderziehungsrechten“) – was wäre das für ein monetäres Gebilde! Aber selbst wenn um das Jahr 2000 die Währungsunion stünde, wer gehörte dann von Europas Ländern zum inneren Kreis, wer stünde als Bettler vor der Tür (Italien? – von Griechenland und Portugal ganz zu schweigen) und wer bliebe – Europäische Union hin und Europäischer Wirtschaftsraum her – ganz außerhalb der Integration? Was wäre das für ein Europa über das Währungseuropa hinaus? Wie weit würde es, könnte es reichen?

Einigermaßen klar ist, läßt man die sicherheitspolitische Dimension einmal weg (NATO, WEU, KSZE), wo es *anfinge*: am Atlantik, so wie heute. Aber wo könnte, sollte es *aufhören*? Gewiß nicht mehr an der Elbe, aber doch an der Oder – mit einem nur bis an die deutsche Ostgrenze verschobenen Wohlstandsgraben? (Polen hat wie Ungarn den Antrag auf EU-Vollmitgliedschaft bereits gestellt, aber wird es bis zum Jahre 2000 soweit sein?) Wo sollte Europa enden – im Osten: an der Oder, vor Lemberg, am Ural, also mitten in der Russischen Föderation, oder gar bei Wladiwostok? Und im Südosten – an der Drau, am Donauknie, am Bosphorus oder am Kaukasus?

Wie europareif ist eigentlich der „alte“ Westen, der gerne indigniert auf die neuen, „wilden“ Nationalismen in den osteuropäischen Ländern schaut und daher verdrängt, wie groß die Balken im eigenen Auge noch sind, wie prestigebesetzt

das eigene Nationalempfinden ist, wie sehr im Zweifelsfall noch auf unbegrenzte nationale Souveränität gepocht wird und wie verständnislos-unsensibel selbst hohe und höchste Amtsträger auf die zur Selbstverständlichkeit gewordene gesamteuropäische und internationale Mobilität reagieren.

In *Frankreich* stellt eine gaullistisch-bürgerliche Parlamentsmehrheit fremdsprachliche Werbeslogans unter Strafe. Italiens Staatspräsident weist eine von der sozialistischen Mehrheit des europäischen Parlaments beschlossene Mahnresolution gegen die Aufnahme alt- und neofaschistischer Minister in das rechtsbürgerliche Kabinett *Silvio Berlusconi* mit schärfsten Worten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes zurück.

In *Deutschland* lehnt ein Präsidentschaftsaspirant nicht nur die sicher nicht zu Unrecht umstrittene doppelte Staatsangehörigkeit – von festumschriebenen Ausnahmen abgesehen – ab, sondern winkt mit dem Vorschlag, Ausländer, die nach längerem Aufenthalt in Deutschland ohne zwingende Gründe die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ablehnen, in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Damit nicht genug: Gelegentlich ist jetzt sogar der Gedanke zu hören, angesichts eines schleichenden Zerfalls moralischer Werte müsse wieder neu auf das Nationalgefühl gesetzt werden. Die Nation als Moralersatz: das ist noch nie gut gegangen. Dies alles aber läßt erlauben, wie gespalten unser Bewußtsein in bezug auf die europäische Einigung noch ist. Als Europäer sind wir wohl allesamt noch blutige Anfänger.

Dem europäischen Gefährt fehlt noch die tragende Achse

Dennoch: Europa hat nach dem Ende des Kommunismus und der Beseitigung der Blöcke wohl zum erstenmal in seiner Geschichte die nicht nur theoretische Chance, zu einer gesamteuropäischen politischen Gemeinschaft zusammenzuwachsen, sich zusammenzufügen. Europa kann, wie es jüngst die norwegische Ministerpräsidentin *Gro Harlem Brundtland* bei der Überreichung des Karlspreises in Aachen ausdrückte, „in eine ganz neue Epoche seiner Geschichte übergehen“ – oder kann in seine alten nationalen Rivalitäten zerfallen. Noch ist nicht wirklich entschieden, ob es die Chance auch nutzt. Aber wie könnte es sie nutzen, und was für eine Einheit soll es dann einmal sein?

Das europäische Problem Nummer eins im Zusammenhang mit dem Maastrichter Vertragswerk und der Europäischen Gemeinschaft überhaupt ist ja nicht die angepeilte Europäische Einheitswährung, auch wenn es dagegen – verständliche – Widerstände gibt, oder die auch nach Inkrafttreten von „Maastricht“ immer noch zu geringen Rechten des Europäischen Parlaments. Die Debatte über mangelnde demokratische Legitimität der EU-Exekutivorgane (Ministerrat, Kommission) ist – bezogen auf das Europäische Parlament – im Grunde eine Scheindebatte. Das Bundesverfassungsgericht hat mit dankenswerter Klarheit aufgezeigt, über welche

parlamentarischen Stränge die demokratische Legitimierung von Gemeinschaftsentscheidungen des Europäischen Staatenverbundes erfolgt: im jetzigen Stadium der Integration primär über die Parlamente der Mitgliedsstaaten und nur im Maß des Fortschreitens des Integrationsprozesses über das Europäische Parlament, das aber als parlamentarisches Gremium europäischer Bewußtseinsbildung dennoch *jetzt* schon unentbehrlich ist.

Das europäische Problem Nummer eins vor und nach Maastricht ist vielmehr die *konstitutionelle Schiefelage der Europäischen Union* auf dem Wege ihrer Verwirklichung. Maastricht bewegt sich auf zwei völlig ungleichen Rädern. Die Währungsunion ist festgeklopft und in ihren Konturen hinreichend scharf gezeichnet. Die Beitrittskriterien greifen, jedenfalls soweit sie nicht auf irgendwelchen europäischen Basarveranstaltungen aufgeweicht werden. Die politische Union wird aber nicht einmal in halbwegs deutlichen Umrissen erkennbar. Sie ist vorerst Wille und Vorstellung – schöne Absichtserklärung, nicht mehr. Und vor allem fehlt dem europäischen Gefährt die tragende Achse: die sichtbare Bereitschaft zu einer gemeinsamen und gemeinsam verpflichtenden Außen- und Sicherheitspolitik. Solange die Bereitschaft *dazu* fehlt, bleibt auch der westeuropäische Entwurf Stückwerk.

Die Frage ist allerdings, ob das EG-Modell im Blick auf Gesamteuropa überhaupt noch paßt. Europa mit seinen 35 Staaten und rund 50 Sprachen ist seit je „ein schwieriges Subjekt“ (*Leo Tindemans*) und bleibt ein schwieriges Subjekt. Es widersetzt sich jeder Vereinheitlichung. „Alles Uniforme ist uneuropäisch“ (*Hans Maier*).

Wird schon bezogen auf den bisherigen EG-Rahmen gestöhnt über Brüsseler Regelungswut, über Einheitsnormen für Hubschraubersitze und Hygienevorschriften für bayrische Hersteller von Bergkäse, so wird mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten das Dilemma westeuropäischer Vereinheitlichungsstrategien nach EG-Normen und -Richtlinien noch offensichtlicher werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß nach Aussagen aller Europakundigen die detailverliebten Einheitsregeln aus Brüssel zum größeren Teil auf Wünsche von Mitgliedsländern und deren diversen Branchenlobbies zurückgehen. Wie aber soll Europa von Sizilien bis zum Nordkap, von Reykjavik bis Kiew einheitlichen Verwaltungsregeln und Produktionsvorschriften folgen können?

Wie aber da Abhilfe schaffen? Zunächst heißt es Umschalten vom Prinzip Vereinheitlichung auf das Prinzip Anerkennung von Ungleichem – auch innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft –, von Baunormen bis zu den akademischen Graden und der beruflichen Bildung. In einer Wirtschaftsgemeinschaft mit voller Freizügigkeit besorgt die nötige Angleichung schon der Wettbewerb. Alle Überreglementierung wirkt dagegen produktivitätsfeindlich, hilft nur den Risikoscheuen.

Sodann muß deutlich werden, nach welchem Modell politischer Organisation Gesamteuropa künftig zusammenwachsen soll. Die Debatte darüber erschöpft sich bisher weit-

gehend in unbrauchbaren Begriffen und Analogien. Vereinigte Staaten von Europa, Europäischer Bundesstaat, Staatenbund – das alles taugt nicht. Die Vereinigten Staaten von Amerika, so wie sie im 18. Jahrhundert entstanden sind, haben mit dem Europa des 20. Jahrhunderts und dessen zweieinhalbttausendjähriger „Vorgeschichte“ wenig gemein, an sie aber wird in erster Linie gedacht, wenn von den Vereinigten Staaten von Europa die Rede ist. Europa als Bundesstaat, das hieße die Nationalstaaten auf den Status deutscher Bundesländer oder Schweizer Kantone und diese zu bloßen Verwaltungseinheiten herabstufen. Zudem, ein Staat Europa – selbst als Bundesstaat – von Island bis Bulgarien, von Portugal bis an die Krim – ist das überhaupt vorstellbar? Und wie soll ein gesamteuropäisches Bundesparlament fünfhundert Millionen Europäer (nicht Inder, nicht Chinesen) bürgernah vertreten?

Wegkommen müssen Europäer aber vor allem von der starren Entgegenstellung hie Europa, hie Nationalstaat; sie würde zu nichts anderem führen als zur Reproduktion der nationalen Rivalitäten des 19. Jahrhunderts auf gesamteuropäischem Niveau. Europa in seiner heutigen Gestalt, von totalitären Systemen befreit und sich aus seiner konfliktreichen, aber doch gemeinsamen Geschichte definierend, hat aber die Chance und das Potential, zu einer Verwirklichung seiner politischen Einheit zu kommen, die staatsrechtlich ohne geschichtliches Beispiel ist.

Europa ist in seiner Vielgestaltigkeit kulturell und sozial so verfaßt, daß der Einigungsprozeß und die Einheit selbst ganz unten beginnen müssen: bei den *Regionen* – mit weit ausgebauter Kultur- und Verwaltungsautonomie. Die Menschen müssen sich in der sie umgebenden politischen Organisation wiedererkennen können.

Die *Mitgliedsstaaten* als zweite Phase werden der Ort der klassischen Gesetzgebung mit den je eigenen Verfassungstraditionen als Gesetzgebungsrahmen bleiben müssen. Auf die dritte Ebene – auf die einer gesamteuropäischen Föderation – gehören aber – ausschließlich oder in Arbeitsteilung mit der zweiten und der ersten Ebene – all die Aufgaben, die unter den Voraussetzungen heutiger großräumiger Organisation nur noch gesamteuropäisch wahrgenommen werden können: Währungspolitik, Umweltpolitik, Großforschung, innere Sicherheit, Außenpolitik, Außenhandelspolitik.

Solche Aufgaben in einer Gesamteuropäischen Föderation mit eigenen, die Mitgliedsländer bindenden Entscheidungsorganen zu konzentrieren heißt zugleich: die Zuständigkeiten der dritten, gesamteuropäischen Ebene auf solche nur gemeinschaftlich zu lösende Aufgaben zu beschränken. Soll deshalb die heutige EU als Vorform und Teilverwirklichung eines gesamteuropäischen Integrationskonzepts Bestand haben, müssen fehlgeleitete Zuständigkeiten (Kulturpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik) von der europäischen Ebene auf die mitgliedstaatliche oder auf die regionale Ebene zurückverlagert werden. Nur so wird aus dem politischen Organisationsmodell Europäische Union ein Anzug, der zu Gesamteuropa paßt.

Gesamteuropa muß aber nicht nur in seiner politischen Organisationsstruktur, sondern auch psychologisch von ganz unten aufgebaut werden. Das heißt, die Menschen in Rostock und Neapel, in Porto und in Łódź müssen im Prozeß der Integration mitkommen. Dies ist sicher auch eine Frage der Geschwindigkeiten, in denen die europäische Integration vor sich geht, aber noch mehr eine Frage ihrer Struktur und Dichte. Europa darf für seine Völker zu keinem Entfremdungstrauma werden. Nur der Aufbau politischer Identitäten von unten kann in einer Welt großräumig vernetzter Systeme Bürger und organisierte Öffentlichkeit zusammenhalten. Kulturschocks ob der Zerstörung gewohnter Lebenswelten ereignen sich zur Zeit vielerorts, nicht nur in islamischen Ländern. Politikverdrossenheit und Gewalttätigkeit gegen Ausländer sind deutliche Zeichen dafür.

Erfolg aber kann solches Ringen in Europa nur in einer Rückbesinnung auf das haben, was Europa geistig konstituiert, auf ein auf dem Boden des Christentums gewachsenes, aber erst in der Moderne zur Blüte gekommenes Ethos des Zusammenlebens, das auf der gemeinsamen Grundlage von Menschenwürde, Freiheit, Gemeinschaftsverpflichtung (Nächstenliebe gegenüber jedermann) und sozialer Gerechtigkeit beruht. Nur auf dieser Grundlage kann in der Bevölkerung der europäischen Länder ein gemeineuropäisches Bewußtsein entstehen, das die Hürden zwischen gewohnter Lebenswelt und den Wirkungen Gesamteuropas als gemeinsamem Lebensraum auf sie überwindet.

Den Bürgern zu verdeutlichen, auf was sie sich einzustellen haben und was sich an ihren Haltungen ändern muß, wenn Friede und Wohlstand in Europa erhalten bleiben sollen, ist eine Bringschuld der Politiker. Die Europawahlen sind, soweit politische Rhetorik dies überhaupt zuläßt, eine gute Gelegenheit, sie abzuleisten.

Die Einigung Gesamteuropas ist als politische zugleich eine seelsorgliche Aufgabe

Aber beim Nehmen dieser Hürde können auch die *Kirchen* hilfreichen Beistand leisten. Europa ist den christlichen Kirchen institutionell wie lebensweltlich längst entwachsen, aber sie bergen als Glaubensgemeinschaften in sich die Botschaft und das Wissen um die geschöpfliche Offenheit des Menschen auf die Menschheit in ihren geschichtlich und geographisch bedingten Nah- und Fernverhältnissen. Und vor allem widerspricht ihrem Wesen, jedenfalls dem Wesen des Christentums, trotz aller nationalistischen Verfremdungen der diversen nationalen Protestantismen, Katholizismen und „Orthodoxismen“ jede Verengung auf das Nationale. Insofern sind die Kirchen die geborenen Werber für eine gesamteuropäische Gemeinschaft europäischer Bürger und Völker. Sie sollten deshalb Europa wie den Prozeß gesamteuropäischer Einigung als eine originär seelsorgliche Aufgabe begreifen. Sie sind dies nicht zuletzt ihrem immer noch lädierten, aber besser werdenden Ruf als Friedensstifter schuldig.

David Seeber